

Johannesburg und die Kommunen – wie geht es weiter?

ExpertInnen empfehlen nächste Schritte



Auf Einladung der Bundesweiten Servicestelle Lokale Agenda 21 trafen sich am 17. und 18. September Vertreterinnen und Vertreter von Netzwerken, Kommunen, umwelt- und entwicklungspolitischen Verbänden und Landes-Agendabüros, die am Johannesburger Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung teilgenommen hatten. Sie verstehen das vorliegende Papier als Einschätzung und Auswertung der Ergebnisse von Johannesburg und seiner Nebenveranstaltungen und empfehlen die folgenden Punkte zur Stärkung der lokalen Agenda-21-Prozesse in Deutschland.

Erarbeitet wurde das Papier von:

Jürgen Anton, Agenda-Transfer.
Agentur für Nachhaltigkeit in NRW, Bonn
Manfred Born, eco, Lokale Agenda 21 Netzwerk
Deutschland, Bremen
Silvia Hesse, Agenda-21-Büro der Landeshauptstadt Hannover
Albrecht Hoffmann, Bundesweite Servicestelle Lokale
Agenda 21, Bonn
Jürgen Maier, Forum Umwelt und Entwicklung, Bonn
Silke Moschitz, ICLEI-Europa, Freiburg
Gerd Oelsner, Landes-Agendabüro Baden-Württemberg
Stefan Richter, GRÜNE LIGA, Projektstelle Lokale Agenda 21, Berlin
Ulrike Röhr, FrauenUmweltNetz, Frankfurt am Main

■ Bedeutung der Agenda 21 bekräftigt

Der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung fand vom 26. August bis zum 4. September in Johannesburg statt. Trotz seiner unbefriedigenden Ergebnisse sehen wir wichtige Anknüpfungspunkte für die lokale Ebene, ihre Arbeit zur nachhaltigen Entwicklung fortzuführen und zu intensivieren.

In dem Aktionsplan „Plan of Implementation“ des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung bekräftigen 191 Staaten die Bedeutung der Agenda 21 und ihre Umsetzung auf lokaler Ebene. Konkret heißt es im ersten Absatz des Aktionsplanes, dass sie sich erneut zu den Prinzipien von Rio bekennen sowie zu der Umsetzung der Agenda 21. Darüber hinaus fordern sie die Kommunen in Paragraph 149 auf, die lokale Agenda 21 weiterhin zu unterstützen, die Ergebnisse von Johannesburg und die HABITAT-Agenda von 1996 umzusetzen, Partnerschaften dafür auf lokaler Ebene zu fördern und insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Städten und anderen Regierungsebenen zu Gunsten einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort zu stärken.

■ Kommunale Ebene als stärkste Kraft

Städte und Gemeinden stellen gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern und ihren Nicht-Regierungsorganisationen unserer Meinung nach die stärkste Kraft für eine nachhaltige Entwicklung dar. Die kommunale Ebene hat am meisten zur Umsetzung der Rio-Beschlüsse beigetragen und wichtige Impulse für die nationale und internationale Ebene gegeben.

Der Aktionsplan des Weltgipfels sowie die gemeinsame Erklärung von über 700 Vertreterinnen und Vertretern aus Städten und Gemeinden der „Local Government Session“ zeigen den Willen, die in Rio 1992 auf den Weg gebrachte Agenda 21 fortzuführen, die lokale Agenda 21 zu stärken und ihre Umsetzung in Zukunft weiter zu forcieren.

Johannesburg hat mit seinen Vereinbarungen den Rahmen für die nächsten Schritte geschaffen. Die Kommunen sind nun aufgefordert, voran zu gehen. Sie haben mit der von ihnen beschlossenen „Local Government Declaration“ sowie dem „Johannesburg Call“ bereits ein deutliches Signal dafür gesetzt.

Wir begrüßen, dass in Johannesburg die „Local Government Declaration“ und der „Johannesburg Call“ in einem abgestimmten Verfahren mit den kommunalen Spitzenverbänden verfasst wurden und gehen davon aus, dass die kommunalen Spitzenverbände ihre in Johannesburg gefassten Beschlüsse gemeinsam mit den Kommunen in Deutschland umsetzen.

Der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung hat unserer Meinung nach überdies deutlich gezeigt, dass

- verbindliche Handlungsziele und ihre Überprüfung Grundlage für eine effektive Agenda-Arbeit vor Ort sind,
- Nachhaltigkeit das geeignete Leitbild der kommunalen Entwicklung ist, auf das Politik und Verwaltung ihr alltägliches Handeln ausrichten sollten. Die Ausgestaltung einer zukunftsfähigen Entwicklung ist ohne eine starke Beteiligung der Menschen vor Ort nicht möglich,

- Geschlechtergerechtigkeit eine Grundvoraussetzung für nachhaltige Entwicklung ist,
- die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen stärker mit der Lösung der großen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen verknüpft werden muss,
- die Bekämpfung der weltweiten Armut die zentrale Aufgabe ist. Das bedeutet, die Bekämpfung der Armut, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit zum Gegenstand lokaler Agenda-21-Prozesse auch bei uns zu machen,
- für das kommunale Handeln der partnerschaftliche Ansatz von besonderer Bedeutung ist. So kann durch kommunale Partnerschaften in der Einen Welt ein Beitrag zur Erreichung der in Johannesburg gesetzten Ziele geleistet werden. Zum Beispiel bis 2015 die Anzahl der Menschen zu halbieren, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung haben,
- Armutsbekämpfung, die Änderung der Produktions- und Konsumgewohnheiten und der Schutz der natürlichen Ressourcen essenziell für die nachhaltige Entwicklung sind. Auf kommunaler Ebene lässt sich unserer Meinung nach ein nachhaltiger Lebensstil entwickeln und wirkungsvoll umsetzen,
- die Initiative der Europäischen Union zu erneuerbaren Energien einen chancenreichen Anknüpfungspunkt für die lokale Agenda 21 darstellt. Der Zusammenschluss von über 80 Staaten zur Förderung der erneuerbaren Energien ist ein wichtiges Signal für die Kommunen, sich mit ihren Partnerstädten an dieser Initiative zu beteiligen,
- bundes- und europaweite Ereignisse und Veranstaltungen dringend notwendig sind, um ein öffentliches Bewusstsein für die Chancen einer nachhaltigen Entwicklung zu schaffen, erreichte Zwischenstände zu diskutieren und den Erfahrungsaustausch unter den Kommunen zu fördern.

■ Nächste Schritte auf kommunaler Ebene

Um die lokalen Agenda-21-Prozesse in Deutschland voran zu bringen und zu stärken, halten wir verbindliche Aktionsprogramme auf lokaler Ebene für dringend erforderlich. Aus diesem Grund rufen wir die Kommunen auf,

- ihren politischen Willen zur lokalen Agenda 21 zu bekräftigen,
- Ziele festzulegen und Prioritäten zu setzen,
- Geschlechtergerechtigkeit bei allen Agenda relevanten Aktivitäten umzusetzen und
- ihr alltägliches Handeln anhand von Indikatoren und Nachhaltigkeitskriterien zu überprüfen.

Dafür ist unserer Meinung nach der Aufbau eines Nachhaltigkeitsmanagements nötig, wie es in der natio-

nen Nachhaltigkeitsstrategie vorgesehen ist. Auf kommunaler Ebene bereits vorhandene Instrumente sollen dafür genutzt und weiter entwickelt werden, wie beispielsweise die Umweltverträglichkeitsprüfung, das Gender Impact Assessment, das EU-Öko-Audit oder die Flächennutzungsplanung.

Zur Stärkung der lokalen Agenda 21 sollten Kommunen mit Agenda-Beschluss die Agenda 21 und die Johannesburger Vereinbarungen umsetzen und Kommunen ohne Agenda-Beschluss aufrufen, in den lokalen Agenda-Prozess einzusteigen.

■ Die Bedeutung der Bundesebene zur Unterstützung der lokalen Agenda 21

Die Entwicklungen von Nachhaltigkeitsstrategien, die zur Zeit auf der Ebene von Bund, Ländern und Gemeinden stattfinden, sollten miteinander verknüpft werden. Wesentliche Scharnierstellen sind dafür die Landes-Agendabüros und die Bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Somit lassen sich die kommunalen Erfahrungen auf nationaler Ebene einbinden und Kommunen durch die politische Rahmensetzung der Bundesregierung und der Landesregierungen stärken und unterstützen.

Bonn, 18. September 2002



Die Bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21 setzt sich zusätzlich zu diesen Empfehlungen dafür ein, die Agenda-Strukturen in Deutschland zu stärken und auszubauen.

Für die Bundesländer, in denen bisher keine oder nur unzureichend ausgestattete Landes-Agendabüros bestehen, bedeutet das: Die Büros sollten eingerichtet beziehungsweise gestärkt und finanziell langfristig abgesichert werden, um Information, Beratung und Austausch der Agenda-21-AkteurInnen auf kommunaler Ebene sicherzustellen.

Die Städte und Gemeinden rufen wir auf, dafür personelle Ressourcen möglichst an der Spitze der Verwaltungen bereitzustellen und den Dialog mit den BürgerInnen auszubauen.

Kontakt:

[Agenda-Transfer. Agentur für Nachhaltigkeit GmbH](#)

[Bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21](#)

Fon: 0228/60461-30, Fax: 0228/60461-38

eMail: service@agenda-transfer.de

Internet: www.agendaservice.de